

Politische Partizipation

Arriagada, Céline; Tesch-Römer, Clemens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Arriagada, C., & Tesch-Römer, C. (2022). Politische Partizipation. In J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann, & C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019* (S. 263-289). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9_14

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>



Céline Arriagada & Clemens Tesch-Römer

Kernaussagen

Etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland beteiligt sich an bedeutsamen Formen der Einflussnahme auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Insgesamt 49,2 Prozent der Bevölkerung gibt mindestens eine der folgenden fünf Formen politischer Partizipation an: Mitarbeit in einer politischen Organisation, Teilnahme an einer Demonstration, Kontakt zur Politik, Teilnahme an Unterschriftenaktionen sowie Boykott von Produkten.

Zwischen den Formen politischer Partizipation gibt es deutliche Unterschiede in der Beteiligung. So geben 6,8 Prozent der Befragten an, in den zwölf Monaten vor der Befragung in einer politischen Organisation mitgearbeitet zu haben; 10,1 Prozent, an Demonstrationen teilgenommen zu haben; 15,0 Prozent, Kontakte zu Personen in der Politik aufgenommen zu haben; 23,5 Prozent, bestimmte Produkte boykottiert zu haben; und 33,0 Prozent, sich an Unterschriftenaktionen beteiligt zu haben.

Frauen und Männer unterscheiden sich in den Partizipationsformen, allerdings gibt es kein eindeutiges Muster von Geschlechterunterschieden. Frauen und Männer unterscheiden sich nicht in der Beteiligung an der politischen Partizipation insgesamt (Frauen: 49,8 Prozent, Männer: 48,4 Prozent). Allerdings ist bei der Mitarbeit in einer politischen Organisation sowie bei dem Kontakt zur Politik die Beteiligung von Frauen geringer als die von Männern. Bei Unterschriftenaktionen und Produktboykotten sind Frauen anteilig häufiger vertreten als Männer.

Es gibt deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen in den Formen politischer Beteiligung, es gibt aber kein eindeutiges Muster von Altersunterschieden. Der Anteil der Personen, die angeben, sich an irgendeiner Form der politischen Partizipation zu beteiligen, liegt in den Altersgruppen von 14 bis 64 Jahren bei über 50 Prozent. Bei den 65-Jährigen und Älteren beträgt diese Quote 40,3 Prozent. Die altersspezifischen Unterschiede variieren in verschiedenen Formen der politischen Partizipation.

Bei allen Arten der politischen Partizipation gibt es klare, gleichgerichtete Bildungsunterschiede. Personen mit hoher Bildung beteiligen sich mit 64,9 Prozent an mindestens einer Form politischer Partizipation, Menschen mit mittlerer Bildung mit 45,8 Prozent und Menschen mit niedriger Bildung mit 32,0 Prozent. Dieses Muster der Bildungsunterschiede zeigt sich in sämtlichen Formen der politischen Partizipation.

Freiwilliges Engagement und politische Partizipation hängen eng miteinander zusammen. Freiwillig engagierte Menschen geben deutlich häufiger eine politische Partizipation an als nicht-engagierte Personen. In allen Partizipationsformen sind die Beteiligungsquoten der freiwillig Engagierten etwa doppelt so hoch wie bei den nicht freiwillig engagierten Menschen.

13.1 Einleitung

Zivilgesellschaftliches Handeln umfasst neben freiwilligem Engagement auch die Beteiligung am politischen Geschehen. Politische Partizipation umfasst alle Formen der Teilhabe von Menschen am öffentlichen Leben und zielt auf die Beeinflussung gesellschaftlicher Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse (Richter 2018; Roth 2011; Woyke 2021). Etwa jede zweite Person ist abseits von Wahlen oder Abstimmungen politisch aktiv (Arant et al. 2017; Simonson & Vogel 2017). Zu den häufigsten Beteiligungsformen zählen Unterschriftenaktionen und Online-Petitionen, Demonstrationen und Bürgerinitiativen. Seltener wird die Übernahme politischer Ämter oder das Kontaktieren von Personen, die in der Politik tätig sind, berichtet (Burkhardt et al. 2019; Simonson & Vogel 2017). Besonders während der sogenannten ‚partizipativen Revolution‘ in den 1960er- und 1970er-Jahren haben die Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft auf politische Entscheidungen deutlich zugenommen (Roth 2011; Schäfer 2010; Stark 2019; van Deth 2009). Seitdem haben sich die Beteiligungsmöglichkeiten stark ausdifferenziert, unter anderem weil Partizipationsformen entstanden sind, die sich ‚bottom-up‘ aus der Zivilgesellschaft organisieren und auf Eigeninitiative und Handeln der Bevölkerung gründen (Kersting 2015). Zudem tragen digitale Beteiligungsformen weiter zur Ausdifferenzierung des Partizipationsrepertoires bei (Voss 2014). Politische Partizipation ist in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen zu finden und ist ebenso vielfältig wie freiwilliges Engagement (van Deth 2009).

Als Gemeinsamkeit zielen unterschiedliche Partizipationsformen darauf ab, Einfluss auf politische Prozesse und Entscheidungen des politischen Systems auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen zu nehmen (Roth 2011; van Deth 2009). Dabei müssen sich die Aktivitäten nicht direkt an beziehungsweise gegen Personen in der Politik oder Institutionen richten. Der politische Kontext ergibt sich auch aus den Umständen und Motiven der politisch Aktiven. So werden in einem weiteren Begriffsverständnis auch Aktivitäten als politische Partizipation gewertet, die gesellschaftlich motiviert sind oder auf eine Meinungsäußerung abzielen, wie zum Beispiel das Boykottieren bestimmter Produkte oder Unternehmen (Theocharis & van Deth 2018).

Aus demokratietheoretischer Perspektive wird auf die Wichtigkeit politischer Partizipation für die Demokratie verwiesen (Böhnke 2011; Weßels 2021). So wird davon ausgegangen, dass die Beteiligung der Bevölkerung zu einer höheren Problemsensibilität seitens der Politik führt und zur Stärkung der Legitimität politischer Entscheidungen beiträgt (Hebestreit & Korte 2015; Voss 2014). Außerdem bietet sich für die Zivilgesellschaft die Möglichkeit, sich für ihre individuellen Interessen einzusetzen und sich mit Gleichgesinnten zu solidarisieren (Holtmann 2015; van Deth 2009). Das Partizipationsverhalten der Bevölkerung wird durch politische Interessen und die politischen Orientierungen der beteiligten Personen sowie durch gesellschaftliche Konflikte und mobilisierende Ereignisse beeinflusst (Burkhardt et al. 2019; Stark

2019; van Deth 2009). Dass Menschen politisch aktiv werden, kann unter anderem in ihrer Unzufriedenheit mit der Politik und den politisch Agierenden begründet sein (Faus et al. 2019; siehe Kapitel 14).

Das Partizipationsverhalten der Gesellschaft unterscheidet sich zwischen Bevölkerungsgruppen. So sind neben Geschlechter- und Altersunterschieden vor allem deutliche Unterschiede nach Bildungs- und Einkommensgruppen zu erkennen (Böhnke 2011; Burkhardt et al. 2019; Schäfer 2010; Simonson & Vogel 2017). Höhergebildete Personen, die in der Regel über eine höhere berufliche Stellung und ein höheres Einkommen verfügen als niedriggebildete Personen, beteiligen sich anteilig deutlich häufiger an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und anderen Partizipationsformen. Dies kann unter anderem in einer Ungleichverteilung partizipationsrelevanter Ressourcen wie Zeit, Wissen oder Netzwerken begründet sein (Bödeker 2012; Böhnke 2011; Schäfer 2010). Die vielfach replizierten Befunde der Partizipationsforschung zur sozialen Ungleichheit in der politischen Beteiligung verweisen auf eine mögliche Verstärkung gesellschaftlicher Ungleichheit durch politische Partizipation (Geißel 2015; Schäfer 2010; van Deth 2009; Weßels 2021). Wenn insbesondere die Interessen von privilegierten Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden, die sich in stärkerem Maß an Demonstrationen, Bürgerinitiativen, Wahlen und Abstimmungen beteiligen, als dies benachteiligte Bevölkerungsgruppen tun, dann kann dies die Gefahr wachsender politischer Ungleichheit mit sich bringen (Bödeker 2012; Geißel 2015; Holtmann 2015).

Politische Ungleichheit kann unter Umständen, etwa wenn sich Menschen aus der politischen Willensbildung ausgegrenzt fühlen, zur aktiven Bekämpfung bestehender politischer Institutionen und der Demokratie führen. Anstatt die Demokratie zu stützen, wird diese unterwandert und geschwächt. Sogenannte „postdemokratische Empörungsbewegungen“ (Ullrich 2017: 218) sind durch negative Vorurteile und Deutungsmuster gekennzeichnet, die sich beispielsweise gegen Menschen mit Migrationshintergrund sowie Geflüchtete richten. Diese häufig rechtsextremen Bewegungen richten sich gegen eine pluralistische Gesellschaft und demokratische Institutionen. Politische Partizipation kann sich in diesem Fall beispielsweise als Unterstützung und aktive Mitgestaltung demokratie- und menschenfeindlicher Bewegungen wie Pegida oder des sogenannten ‚Flügel‘ in der AfD gestalten (Schumann 2018). Das Gefühl politischer Ungleichheit beziehungsweise Benachteiligung kann durch Verschwörungserzählungen hervorgerufen oder verstärkt werden. Dies zeigte sich im Zuge der Pegida-Bewegung unter anderem durch Ausdrücke wie ‚Lügenpresse‘, die den etablierten Medien unterstellen, von geheimen Mächten gelenkt zu werden und daher unglaubwürdig zu sein (Nachtwey 2016). Im Jahr 2020 war ein erneuter Anstieg von Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit dem Leugnen der Corona-Pandemie insgesamt oder der Kritik an den Corona-Maßnahmen zu verzeichnen (Stubbe 2020). Der Zusammenhang zwischen freiwilligem Engagement und Einstellungen zur Demokratie wird in Kapitel 14 behandelt.

Politische Partizipation und freiwilliges Engagement weisen Ähnlichkeiten und Unterschiede auf. Während freiwilliges Engagement im Bereich der Politik auch politische Partizipation darstellt, zählen nicht alle Partizipationsformen als freiwilliges Engagement. Beispiele hierfür sind die Teilnahme an Wahlen, die Beteiligung an Unterschriftenaktionen oder an Demonstrationen, da hier keine zusätzlichen aktiven Aufgaben übernommen werden (zur Definition von freiwilligem Engagement siehe Kapitel 1). Umgekehrt finden viele Tätigkeiten des freiwilligen Engagements außerhalb des Bereichs der Politik statt. In der Literatur zum freiwilligen Engagement wird herausgestellt, dass politische Partizipation und freiwilliges Engagement in der sozialwissenschaftlichen Forschung häufig getrennt behandelt werden und bislang nur wenige „Konzepte zu ihrer Verbindung“ entwickelt worden sind (Evers 2015). Ein Beispiel hierfür findet sich in der begrifflichen Abgrenzung ‚sozialer‘ und ‚politischer‘ Partizipation. Freiwilliges, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement wird dabei deutlich von politischer Partizipation abgegrenzt: „Diese auf soziale Integration gerichteten Aktivitäten können zwar durchaus politischen Charakter erreichen, sind aber in der Regel im ehrenamtlichen Bereich zu verorten“ (Woyke 2021).

Eine Ausnahme zur getrennten Erforschung von politischer Partizipation und freiwilligem Engagement stellt die Herangehensweise von Putnam und seinen Mitverfassenden dar. Sie postulieren eine enge Verbindung zwischen freiwilligem Engagement und politischer Partizipation (Putnam et al. 1993). Sie nehmen an, dass sich die Entwicklung demokratischer Institutionen umso erfolgreicher vollzieht, je stärker eine durch freiwilliges Engagement getragene Zivilgesellschaft ist. Umgekehrt ist auch vorstellbar, dass politische Partizipation zu freiwilligem Engagement führt, und zwar nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Bereichs politischen Handelns. Möglicherweise treffen diese Annahmen aber nicht auf alle Formen freiwilligen Engagements gleichermaßen zu (Schaden 2019). In jedem Fall liegt es nahe, den empirischen Zusammenhang zwischen freiwilligem Engagement und politischer Partizipation zu untersuchen.

In diesem Kapitel betrachten wir die politischen Aktivitäten der Bevölkerung abseits der Beteiligung an Wahlen oder politischen Abstimmungen. Im Freiwilligen-survey 2019 werden sowohl engagierte als auch nicht-engagierte Personen zu ihrer Beteiligung an unterschiedlichen politischen Aktivitäten befragt. Diese umfassen die Kontaktierung von Personen in der Politik, die Mitarbeit in Parteien, politischen Gruppierungen sowie Bürgerinitiativen, die Beteiligung an Unterschriftenaktionen und Petitionen, die Teilnahme an Demonstrationen sowie den Boykott bestimmter Produkte. Die Erfassung der Beteiligungsformen wurde im Vergleich zu früheren Erhebungen des Freiwilligen-survey ausgeweitet, um die Vielfalt politischer Partizipation differenzierter abbilden zu können. Außerdem wurde der Beteiligungszeitraum in der Abfrage auf die letzten zwölf Monate eingegrenzt. Damit lehnt sich diese Abfrage an die Fragen zum freiwilligen Engagement an, die sich ebenfalls auf einen Zeitraum von zwölf Monaten beziehen.

In diesem Kapitel sollen folgende Fragen betrachtet werden:

- a) In welchen Formen der politischen Partizipation waren die Befragten in den letzten zwölf Monaten vor dem jeweiligen Interview politisch aktiv? Gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern, zwischen Menschen unterschiedlicher Alters- und Bildungsgruppen bei den verschiedenen Formen politischer Partizipation?
- b) Wie hoch ist der Anteil der Personen insgesamt, die in den letzten zwölf Monaten vor dem jeweiligen Interview mindestens eine politische Partizipationsform wahrgenommen haben? Wie unterscheiden sich die Anteile der politisch Aktiven nach Geschlecht sowie nach Alters- und Bildungsgruppen?
- c) Wie hängen politische Partizipation und freiwilliges Engagement miteinander zusammen?

13.2 Daten und Indikatoren

Die Ergebnisse des vorliegenden Kapitels beruhen auf den Daten des Deutschen Freiwilligensurveys (FWS) und werden gewichtet dargestellt. Die Gewichtung zielt darauf ab, die Repräsentativität zu verbessern, um verallgemeinerbare Aussagen treffen zu können. In den Veröffentlichungen zu den Erhebungen der Jahre 1999 bis 2014 wurden im Rahmen des Freiwilligensurveys bislang die Gewichtungsmerkmale Geschlecht, Alter, Bundesland sowie Gemeindegrößenklasse herangezogen. Diese Gewichtung wird nun um das Gewichtungsmerkmal der schulischen Bildung ergänzt. Personen aus unterschiedlichen Bildungsgruppen nehmen mit unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit an Umfragen teil; daher sind verschiedene Bildungsgruppen in den Daten über- beziehungsweise unterrepräsentiert. Die Gewichtung inklusive schulischer Bildung wird in diesem Bericht auf die Daten aller fünf Erhebungswellen von 1999 bis 2019 angewendet. Die Engagementquoten fallen durch dieses Vorgehen für alle Erhebungswellen niedriger aus als bisher berichtet; es ändert sich somit das Niveau, der Trend bleibt jedoch im Wesentlichen bestehen. Die Gewichtung der Daten inklusive Bildung wirkt sich auch auf andere Ergebnisse aus.

Alle Ergebnisse werden auf statistische Signifikanz getestet (verwendet wird ein Signifikanzniveau von $p < 0,05$). Die Prüfung auf statistische Signifikanz zeigt an, ob ein anhand der Daten des Freiwilligensurveys gefundener Unterschied mit großer Wahrscheinlichkeit auch in der Grundgesamtheit, also beispielsweise in der Wohnbevölkerung Deutschlands, vorhanden ist (statistisch signifikant) oder nur zufällig in den Daten vorliegt (statistisch nicht signifikant).

Die dargestellten Ergebnisse fußen auf der Befragung des Freiwilligensurveys 2019, die von März bis November 2019 erfolgte. Somit ist es mithilfe der Daten des Freiwilligensurveys 2019 nicht möglich, Aussagen über spätere Entwicklungen wie

beispielsweise die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das freiwillige Engagement zu tätigen.

Um die politische Partizipation von Befragten erfassen zu können, wurden fünf ausgewählte Formen politischer Beteiligungsmöglichkeiten im Interview vorgegeben:

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, tätig zu werden, wenn man politische Entscheidungen beeinflussen möchte. Wenn Sie an die letzten 12 Monate denken: Welche der folgenden Dinge haben Sie getan? Haben Sie in den letzten 12 Monaten...

- (1) *Kontakt zu einem Politiker auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen?*
- (2) *In einer politischen Partei, politischen Gruppierung oder in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet?*
- (3) *Bei einer Unterschriftenaktion oder Petition unterschrieben?*
- (4) *An einer Demonstration teilgenommen?*
- (5) *Ein bestimmtes Produkt boykottiert?*

Mehrfachnennung möglich; Antwortkategorien (jeweils): ja; nein

Die Ergebnisse zur politischen Partizipation sind für die gesamte in Deutschland lebende Bevölkerung ab 14 Jahren sowie nach Geschlecht und nach Altersgruppen dargestellt. Die verwendeten Differenzierungsmerkmale werden in Kapitel 2 beschrieben.

13.3 Formen politischer Partizipation in Deutschland

Der Anteil von Personen, der sich in einzelnen Formen politischer Partizipation beteiligt, unterscheidet sich zwischen den Beteiligungsformen deutlich: 6,8 Prozent der Befragten geben an, in den zwölf Monaten vor dem jeweiligen Interview in einer politischen Organisation mitgearbeitet zu haben; 10,1 Prozent, an Demonstrationen teilgenommen zu haben; 15,0 Prozent, Kontakte zur Politik auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen zu haben; 33,0 Prozent, sich an Unterschriftenaktionen beteiligt zu haben; und 23,5 Prozent, bestimmte Produkte boykottiert zu haben (Abbildungen 13-1 bis 13-5). In allen Formen der politischen Partizipation finden sich deutliche gleichgerichtete Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen. Im Gegensatz dazu gibt es keine klaren Muster von Geschlechter- und Altersunterschieden in allen fünf Beteiligungsformen: In einigen Beteiligungsformen sind Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Altersgruppen größer, in anderen kleiner.

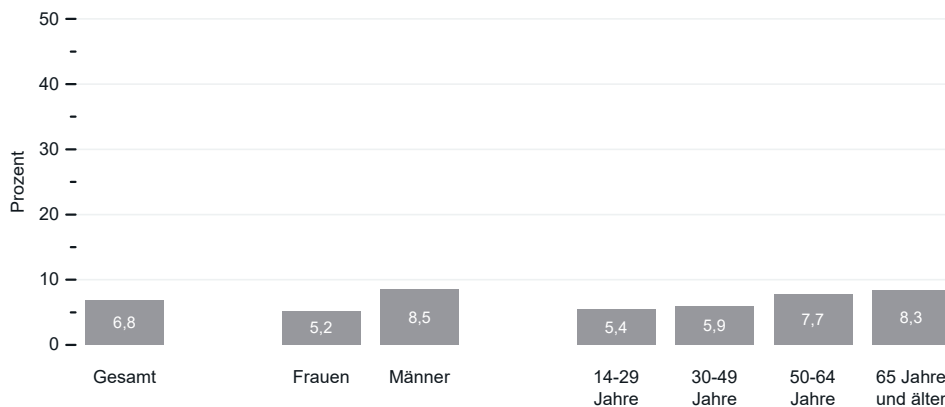
13.3.1 Mitarbeit in einer politischen Partei, politischen Gruppierung oder Bürgerinitiative

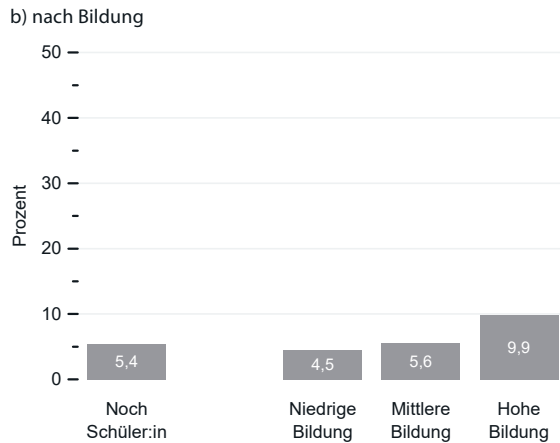
Die geringste Beteiligungsquote aller fünf Teilhabe-Formen zeigt sich in der Mitarbeit in einer politischen Partei, einer politischen Gruppierung oder einer Bürgerinitiative. 6,8 Prozent aller Befragten haben in den zwölf Monaten vor der Befragung in einer dieser politischen Organisationsformen mitgearbeitet (Abbildung 13-1). Männer tun dies anteilig häufiger als Frauen (8,5 Prozent zu 5,2 Prozent). Betrachtet man bei der Mitarbeit in politischen Organisationen das Lebensalter, zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den 14- bis 29-Jährigen und den 30- bis 49-Jährigen (5,4 Prozent zu 5,9 Prozent). Die Altersgruppen der unter 50-Jährigen arbeiten aber mit anteilig geringerer Beteiligung in politischen Organisationen mit als die 50- bis 64-Jährigen und die 65-Jährigen und Älteren (7,7 Prozent beziehungsweise 8,3 Prozent).

Bildung ist für die Mitarbeit in politischen Organisationen von hoher Bedeutung. Personen mit hoher Bildung (9,9 Prozent) arbeiten deutlich häufiger in politischen Organisationen als Personen mit mittlerer (5,6 Prozent) oder niedriger Bildung (4,5 Prozent). Personen, die noch eine Schule besuchen, weisen eine Beteiligungsquote in politischen Organisationen von 5,4 Prozent auf und unterscheiden sich damit nicht statistisch signifikant von Personen mit niedriger oder mittlerer Bildung.

Abbildung 13-1 Anteile von Personen, die in einer politischen Partei, politischen Gruppierung oder in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet haben, 2019, a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter, b) nach Bildung (Basis: alle Befragten)

a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter





Quelle: FWS 2019, gewichtet, eigene Berechnungen (DZA). Basis: alle Befragten, Geschlecht, Alter (n = 27.744) und Bildung (n = 27.738).

Geschlechterunterschiede sind statistisch signifikant.

Altersunterschiede sind, mit Ausnahme der Unterschiede zwischen den 14- bis 29-Jährigen und den 30- bis 49-Jährigen sowie zwischen den 50- bis 64-Jährigen und den Personen ab 65 Jahren, alle statistisch signifikant.

Die Bildungsunterschiede sind, mit Ausnahme von den Unterschieden zwischen Schüler:innen und Personen mit niedriger Bildung sowie Schüler:innen und Personen mit mittlerer Bildung, alle statistisch signifikant.

13.3.2 Teilnahme an einer Demonstration

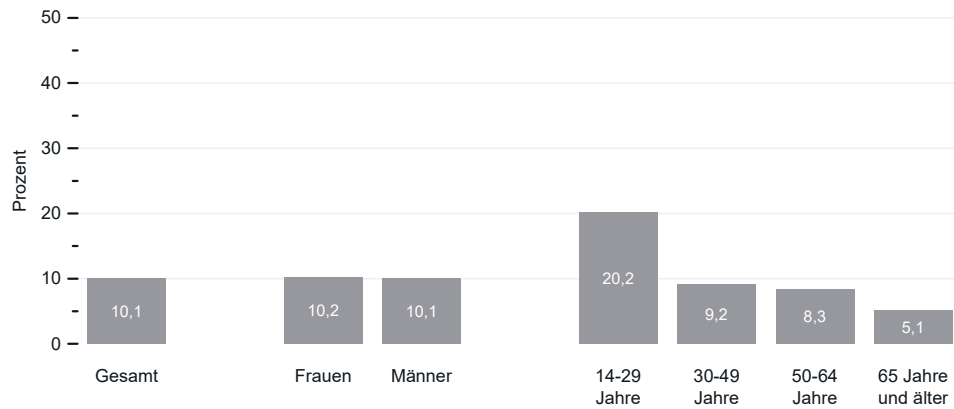
Die Teilnahme an Demonstrationen ist eine der Grundlagen der Demokratie und ein politisches Grundrecht, das von Artikel 8 des Grundgesetzes sowie Artikel 20 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschützt wird. 10,1 Prozent aller Befragten haben in den vorangegangenen zwölf Monaten an einer Demonstration teilgenommen – Frauen anteilig ebenso häufig wie Männer (Abbildung 13-2).

Am anteilig häufigsten beteiligen sich junge Menschen an Demonstrationen. In der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen hat ein Fünftel aller Befragten im letzten Jahr an einer Demonstration teilgenommen, deutlich mehr als in allen anderen Altersgruppen (Abbildung 13-2). In den mittleren Altersgruppen (30 bis 64 Jahre) liegt die Demonstrationsquote bei rund acht bis neun Prozent. Am geringsten ist die Teilnahme an Demonstrationen im Alter ab 65 Jahren (5,1 Prozent).

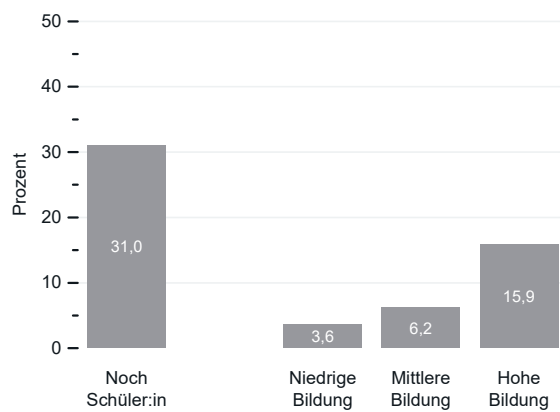
Bildungsunterschiede sind auch im Bereich der Beteiligung an Demonstrationen markant (Abbildung 13-2). Am höchsten ist der Anteil der Demonstrationsteilnehmenden mit 31,0 Prozent bei Personen, die noch eine Schule besuchen, etwa doppelt so hoch wie der Anteil unter Personen mit hoher Bildung (15,9 Prozent). Bei Menschen mit hoher Bildung ist der Anteil der Personen, die sich an Demonstrationen beteiligen, mehr als viermal so hoch wie bei Personen mit niedriger Bildung (3,6 Prozent). Der Anteil der Personen mit mittlerer Bildung liegt bei dieser Beteiligungsform bei 6,2 Prozent.

Abbildung 13-2 Anteile von Personen, die an einer Demonstration teilgenommen haben, 2019, a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter, b) nach Bildung (Basis: alle Befragten)

a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter



b) nach Bildung



Quelle: FWS 2019, gewichtet, eigene Berechnungen (DZA). Basis: alle Befragten, Geschlecht, Alter (n = 27.742) und Bildung (n = 27.736).

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind nicht statistisch signifikant.

Altersunterschiede sind, mit Ausnahme des Unterschieds zwischen den 30- bis 49-Jährigen und den 50- bis 64-Jährigen, alle statistisch signifikant.

Die Bildungsunterschiede sind alle statistisch signifikant.

13.3.3 Kontaktaufnahme zu einer Person, die in der Politik tätig ist

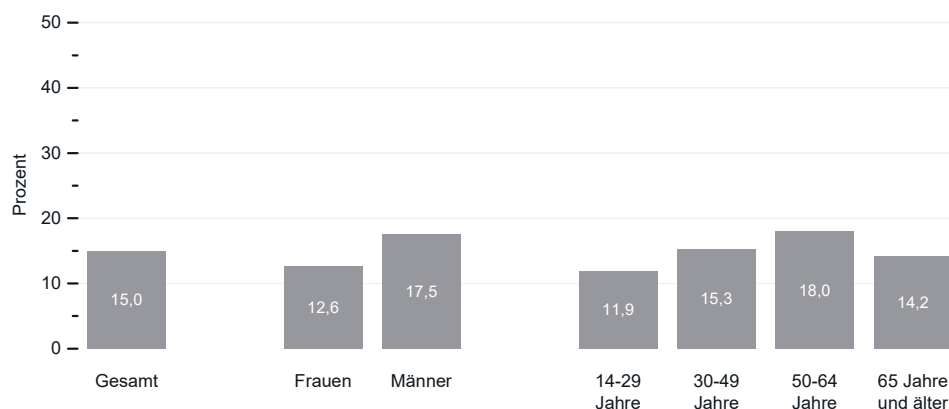
Praktische Politik wird häufig dadurch gestaltet, dass Kontakt mit Entscheidungstragenden in der Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik aufgenommen wird. Insgesamt haben dies 15,0 Prozent der Befragten in den zwölf Monaten vor dem jeweiligen Interview getan, Männer mit 17,5 Prozent anteilig häufiger als Frauen mit 12,6 Prozent (Abbildung 13-3).

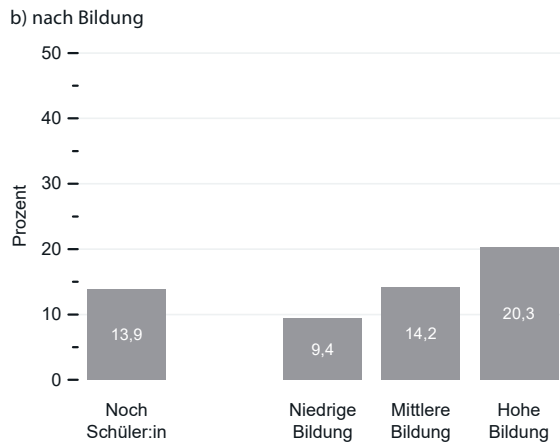
Der Anteil von Menschen, die in den zwölf Monaten vor der Befragung Kontakt mit Personen hatten, die in der Politik tätig sind, ist je nach Alter unterschiedlich. Bei den 14- bis 29-Jährigen beträgt dieser Anteil 11,9 Prozent, bei den 30- bis 49-Jährigen 15,3 Prozent und bei den 50- bis 64-Jährigen 18,0 Prozent (Abbildung 13-3). Bei den 65-Jährigen und Älteren sinkt diese Quote dann wieder auf 14,2 Prozent. Die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen sticht hier heraus: Diese Gruppe hat anteilig am häufigsten Kontakt mit Personen in der Politik.

Die Bildung spielt auch beim Kontakt zur Politik eine herausragende Rolle. Menschen mit hoher Bildung haben anteilig mehr als doppelt so häufig Kontakt zu Personen, die in der Politik tätig sind, wie Menschen mit niedriger Bildung (20,3 Prozent zu 9,4 Prozent; Abbildung 13-3). Personen mit mittlerer Bildung stehen zwischen diesen beiden Bildungsgruppen (14,2 Prozent). Von den Personen, die noch eine Schule besuchen, haben 13,9 Prozent in den zwölf Monaten vor dem jeweiligen Interview Kontakt zu einer Person aus der Politik aufgenommen – ein Wert unwesentlich unter dem der Gesamtbevölkerung (15,0 Prozent).

Abbildung 13-3 Anteile von Personen, die Kontakt zu einer Person, die auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene in der Politik tätig ist, aufgenommen haben, 2019, a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter, b) nach Bildung (Basis: alle Befragten)

a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter





Quelle: FWS 2019, gewichtet, eigene Berechnungen (DZA). Basis: alle Befragten, Geschlecht, Alter (n = 27.737) und Bildung (n = 27.731).

Geschlechtsunterschiede sind statistisch signifikant.

Altersunterschiede sind, mit Ausnahme des Unterschieds zwischen den 30- bis 49-Jährigen und den 65-Jährigen und Älteren, alle statistisch signifikant.

Bildungsunterschiede sind, mit Ausnahme des Unterschieds zwischen den Schüler:innen und Personen mit mittlerer Bildung, alle statistisch signifikant.

13.3.4 Beteiligung an Unterschriftenaktionen oder Petitionen

Unterschriftenaktionen oder Petitionen sind ein häufig verwendetes Mittel der politischen Einflussnahme. Für Personen, die sich politisch beteiligen möchten, ist diese Form der Teilhabe mit geringem Aufwand verbunden. Nach Prüfung des Anliegens, welches von der Unterschriftenaktion oder Petition verfolgt wird, reicht es aus, einige persönliche Informationen anzugeben und die Aktion durch die eigene Unterschrift zu unterstützen. Dementsprechend hoch ist der Anteil der Personen, die sich in den zwölf Monaten vor der Befragung an dieser Form der politischen Partizipation beteiligt haben: 33,0 Prozent der Befragten geben an, sich auf diese Weise politisch zu betätigen (Abbildung 13-4). Frauen beteiligen sich mit 35,6 Prozent anteilig häufiger an Unterschriftenaktionen als Männer mit 30,4 Prozent.

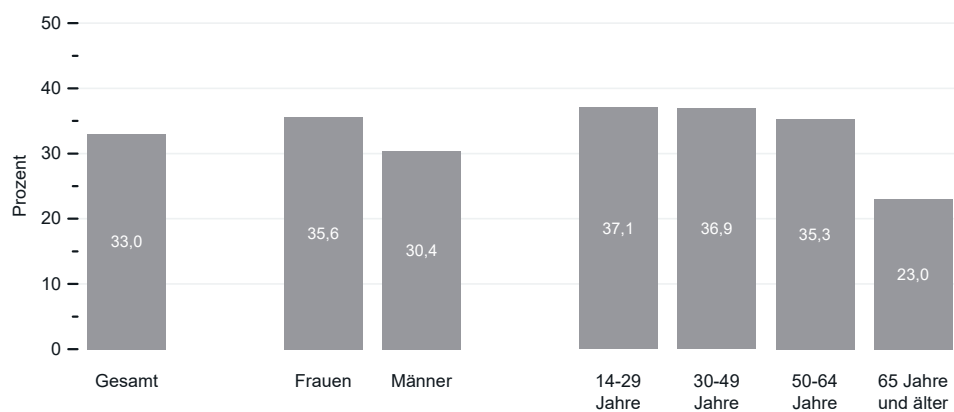
Bedeutsame Altersunterschiede zeigen sich zwischen der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren und allen anderen Altersgruppen (Abbildung 13-4). Während die Quote der 65-Jährigen und Älteren, die an Unterschriftenaktionen oder Petitionen teilnehmen, bei 23,0 Prozent liegt, liegt sie bei allen anderen Altersgruppen deutlich höher, zwischen etwa 35 und 37 Prozent.

Bildung hat auch bei Unterschriftenaktionen und Petitionen eine erhebliche Bedeutung. Menschen mit niedriger Bildung haben sich in den zwölf Monaten vor dem Interview mit einem Anteil von 19,2 Prozent, Menschen mit mittlerer Bildung mit einem Anteil von 29,8 Prozent und Menschen mit hoher Bildung mit einem Anteil von 46,9 Prozent an Unterschriftenaktionen und Petitionen beteiligt (Abbildung 13-4). Personen, die noch eine Schule besuchen, beteiligen sich in diesem Bereich mit einem

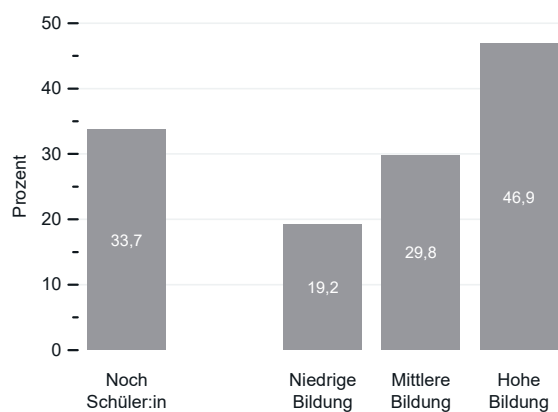
Anteil von 33,7 Prozent, recht nahe am Wert für die Gesamtbevölkerung (33,0 Prozent).

Abbildung 13-4 Anteile von Personen, die bei einer Unterschriftenaktion oder Petition unterschrieben haben, 2019, a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter, b) nach Bildung (Basis: alle Befragten)

a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter



b) nach Bildung



Quelle: FWS 2019, gewichtet, eigene Berechnungen (DZA). Basis: alle Befragten, Geschlecht, Alter (n = 27.607) und Bildung (n = 27.601).

Die Geschlechterunterschiede sind statistisch signifikant.

Bei den Altersgruppen sind nur die Unterschiede zwischen den 65-Jährigen und Älteren zu allen anderen Altersgruppen statistisch signifikant.

Die Bildungsunterschiede sind, mit Ausnahme des Unterschieds zwischen Schüler:innen und Personen mit mittlerer Bildung, statistisch signifikant.

13.3.5 Produktboykott

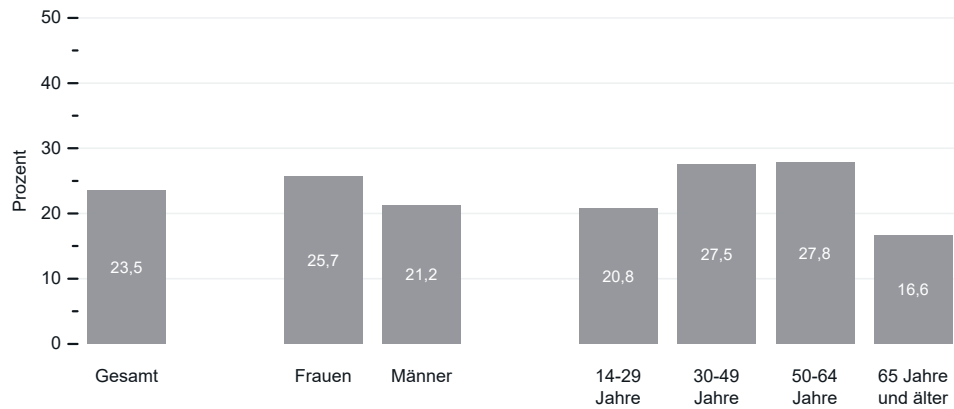
Politische Partizipation kann auch darin bestehen, eine bestimmte Handlung zu unterlassen. Vom Kauf eines Produktes abzusehen, kann das Ziel haben, über den Druck des Nicht-Konsums Veränderungen der Geschäfts- oder Herstellungsbedingungen dieses Produktes herbeizuführen. Dies kann zahlreiche Gründe haben, wie zum Beispiel die Verlagerung einer Fabrik in ein anderes Land, wobei zahlreiche Arbeitsplätze gestrichen werden sollen, die geplante Rodung eines Waldes zur Erweiterung eines Tagebaus oder aber die Zustände der Massentierhaltung. Etwa ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland gibt an, in den zwölf Monaten vor der Befragung ein Produkt boykottiert zu haben (23,5 Prozent; Abbildung 13-5). Frauen (25,7 Prozent) boykottieren Produkte anteilig häufiger als Männer (21,2 Prozent).

Menschen im mittleren Erwachsenenalter (30 bis 64 Jahre) boykottieren Produkte anteilig häufiger als jüngere und ältere Menschen (Abbildung 13-5). Am geringsten ist die Boykott-Quote bei den 65-Jährigen und Älteren (16,6 Prozent), gefolgt von den 14- bis 29-Jährigen (20,8 Prozent). Bei den 30- bis 49-Jährigen sowie den 50- bis 64-Jährigen liegen die Boykott-Quoten bei rund 28 Prozent.

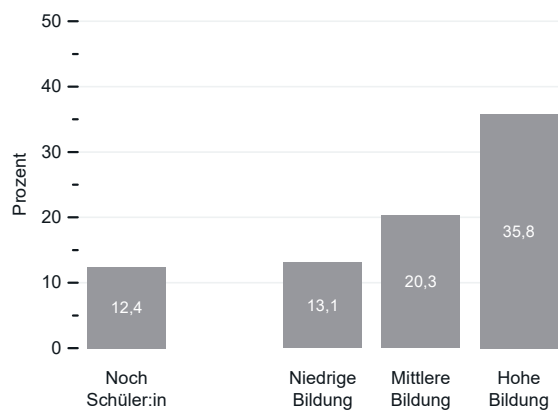
Auch in diesem Bereich der politischen Partizipation gibt es große Bildungsunterschiede. In der Gruppe der Menschen mit hoher Bildung ist der Anteil der Personen, die Waren boykottieren, anteilig beinahe dreimal so hoch wie bei Menschen mit niedriger Bildung (35,8 Prozent zu 13,1 Prozent). Bei Menschen mit mittlerer Bildung liegt diese Quote bei 20,3 Prozent. Die Boykott-Quote liegt bei Personen, die eine Schule besuchen, mit 12,4 Prozent vergleichsweise niedrig – angesichts der Tatsache, dass diese Gruppe nur eingeschränkte Konsumententscheidungen treffen kann, sei es wegen des geringen eigenen Einkommens oder aufgrund der Haushaltsführung durch die Eltern, ist dies keine Überraschung.

Abbildung 13-5 Anteile von Personen, die ein bestimmtes Produkt boykottiert haben, 2019, a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter, b) nach Bildung (Basis: alle Befragten)

a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter



b) nach Bildung



Quelle: FWS 2019, gewichtet, eigene Berechnungen (DZA). Basis: alle Befragten, Geschlecht, Alter (n = 27.526) und Bildung (n = 27.520).

Die Geschlechterunterschiede sind statistisch signifikant.

Die Altersunterschiede sind, mit Ausnahme des Unterschieds zwischen den 30- bis 49-Jährigen und den 50- bis 64-Jährigen, alle statistisch signifikant.

Die Bildungsunterschiede sind, mit Ausnahme des Unterschieds zwischen den Schüler:innen und Personen mit niedriger Bildung, alle statistisch signifikant.

13.4 Anzahl der Formen politischer Partizipation

Nach der detaillierten Analyse unterschiedlicher Formen politischer Partizipation stellt sich nun die Frage, wie hoch der Anteil der Personen ist, der eine oder mehrere Formen politischer Partizipation wahrnimmt. Die Antwort lautet: Knapp die Hälfte (49,2 Prozent) der Bevölkerung in Deutschland, die 14 Jahre und älter ist, hat sich in den zwölf Monaten vor dem jeweiligen Interview an mindestens einer von fünf Formen politischer Partizipation aktiv beteiligt – Mitarbeit in einer politischer Organisation, Teilnahme an Demonstrationen, Kontakt zur Politik, Teilnahme an Unterschriftenaktionen sowie Boykott von Produkten (Abbildung 13-6).

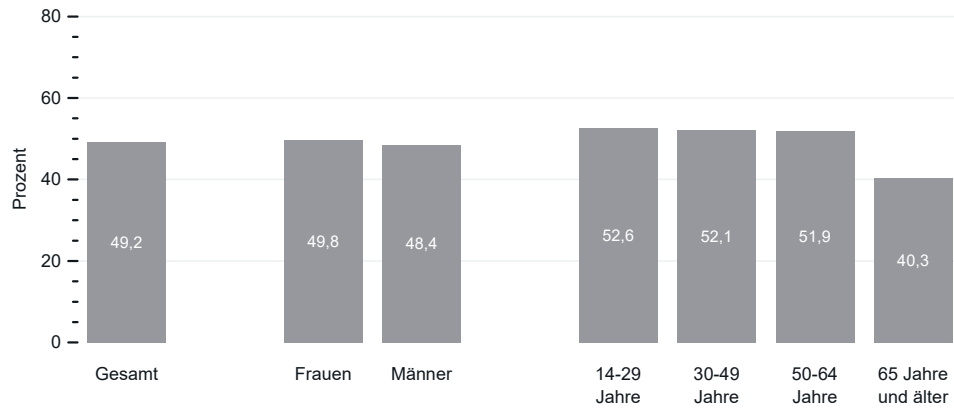
Der Unterschied zwischen Frauen und Männern ist statistisch nicht signifikant. Bei den Altersgruppen der 14- bis 29-Jährigen, der 30- bis 49-Jährigen und der 50- bis 64-Jährigen liegen die Beteiligungsquoten bei etwas über 50 Prozent und unterscheiden sich nicht statistisch signifikant. Erst ab einem Alter von 65 Jahren sinkt die Quote der politischen Partizipation auf 40,3 Prozent.

Bildung hat einen erheblichen Einfluss auf die politische Partizipation. Während Menschen mit niedriger Bildung eine Beteiligungsquote von 32,0 Prozent aufweisen, liegt diese Quote bei Menschen mit hoher Bildung doppelt so hoch: 64,9 Prozent der Menschen mit hoher Bildung geben an, sich in der einen oder anderen Weise in den zwölf Monaten vor dem Interview politisch beteiligt zu haben (Abbildung 13-6). Die Beteiligungsquoten von Menschen mit mittlerer Bildung liegen zwischen den beiden anderen Bildungsgruppen (45,8 Prozent). Personen, die noch eine Schule besuchen, weisen mit 56,4 Prozent ebenfalls eine hohe Quote der politischen Partizipation auf.

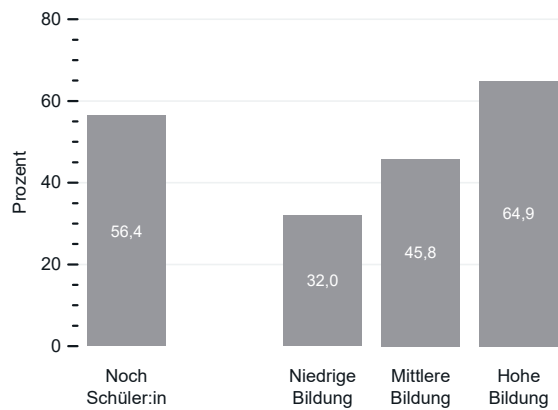
Möchte man etwas über politische Mehrfachbeteiligung wissen, also der Beteiligung an unterschiedlichen Formen politischer Partizipation, so muss man eine etwas andere Perspektive einnehmen. Als einen möglichen Indikator hierfür kann man die Summe von Formen politischer Partizipation heranziehen, die eine Person in der Befragung angibt. In Tabelle 13-1 ist die Verteilung von Personen dargestellt, die angeben, sich an keiner, einer, zwei, drei, vier oder allen fünf Formen politischer Partizipation zu beteiligen. Über die Hälfte der Befragten gibt an, sich an keiner der genannten Formen der politischen Partizipation beteiligt zu haben. Personen, die vier oder fünf Formen politischer Partizipation angeben, sind dagegen eine kleine Minderheit in der Bevölkerung.

Abbildung 13-6 Anteile von Personen, die mindestens eine Form politischer Partizipation angeben, 2019, a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter, b) nach Bildung (Basis: alle Befragten)

a) gesamt, nach Geschlecht und nach Alter



b) nach Bildung



Quelle: FWS 2019, gewichtet, eigene Berechnungen (DZA). Basis: alle Befragten, Geschlecht, Alter (n = 27.550) und Bildung (n = 27.544).

Geschlechterunterschiede sind statistisch nicht signifikant.

Bei den Altersgruppen sind nur die Unterschiede zwischen den 65-Jährigen und Älteren zu allen anderen Altersgruppen statistisch signifikant.

Die Bildungsunterschiede sind alle statistisch signifikant.

Tabelle 13-1 Mehrfachbeteiligung an fünf ausgewählten Formen der politischen Partizipation 2019 (in Prozent; Basis: alle Befragten)

Summe der Formen politischer Partizipation	Anteil der Bevölkerung
Keine der genannten Formen politischer Partizipation	51,2*
Eine Form politischer Partizipation	23,6
Zwei Formen politischer Partizipation	14,9
Drei Formen politischer Partizipation	6,9
Vier Formen politischer Partizipation	2,7
Fünf Formen politischer Partizipation	0,7
Gesamt	100,0

Quelle: FWS 2019, gewichtet, eigene Berechnungen (DZA). Basis: alle Befragten (n = 27.337).

* Der Anteil der Personen, die keine der genannten Formen politischer Partizipation angeben, unterscheidet sich zwischen Abbildung 13-6 und Tabelle 13-1. In Abbildung 13-6 ist dargestellt, dass 49,2 Prozent aller Personen mindestens eine Form politischer Partizipation angeben; dementsprechend geben 50,8 Prozent keine Form politischer Partizipation an. In Tabelle 13-1 beträgt der Anteil der Personen, die keine Form politischer Partizipation angeben, 51,2 Prozent. Der Grund für diese Abweichung besteht darin, dass bei 213 Befragten zwar bekannt ist, dass sie an mindestens einer Form politischer Partizipation teilnehmen, aber nicht, an wie vielen Formen insgesamt, da bei mindestens einer dieser Formen ein fehlender Wert vorliegt. Diese 213 Befragten werden bei dieser Analyse nicht berücksichtigt.

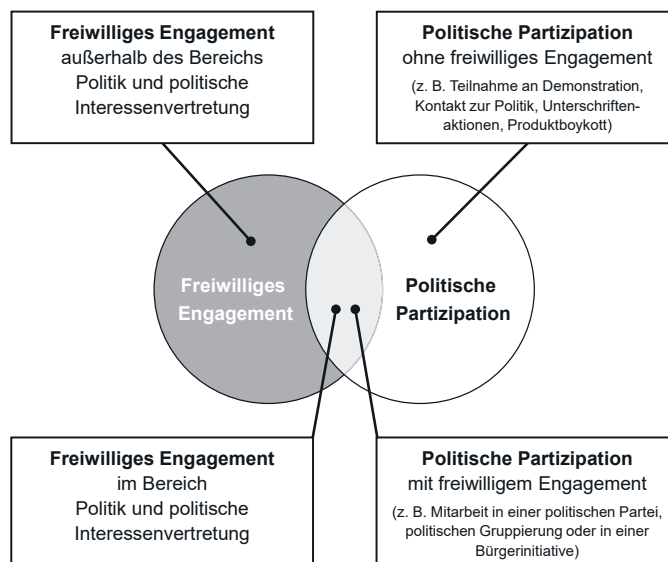
13.5 Politische Partizipation und freiwilliges Engagement

Im Kontext des freiwilligen Engagements ist die Frage zentral, ob und gegebenenfalls wie freiwilliges Engagement und politische Partizipation miteinander zusammenhängen. Folgt man der These, dass freiwilliges Engagement das Fundament politischer Partizipation sei (Putnam et al. 1993), so würde man annehmen, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen den beiden Formen zivilgesellschaftlichen Handelns gibt. Personen, die sich freiwillig engagieren, müssten mit höherer Wahrscheinlichkeit auch politisch aktiv sein. Ob es einen Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und freiwilligem Engagement gibt, kann aufgrund der begrifflichen Überlappung beider Konzepte jedoch nicht umstandslos beantwortet werden. Politische Partizipation und freiwilliges Engagement sind zwar unterschiedliche Konzepte, weisen aber begriffliche Überschneidungen auf. Eine begriffliche Überschneidung liegt dann vor, wenn zwei Konzepte zumindest teilweise durch begrifflich identische Merkmale definiert werden. Wenn theoretische Konstrukte begrifflich überlappen, dann sind etwaige empirische Zusammenhänge auf diese begriffliche Verknüpfung zurückzuführen. Eine auf Grundlage der erhobenen Daten gefundene Assoziation wäre in diesem Fall nicht aussagekräftig. Für ein aussagekräftiges Ergebnis muss bei der Analyse die begriffliche Überlappung eliminiert werden, wodurch sich die empirische Überlappung entsprechend reduziert.

Im Freiwilligensurvey werden die Konzepte ‚freiwilliges Engagement‘ und ‚politische Partizipation‘ nicht überschneidungsfrei erhoben, sie weisen also begriffliche Überlappungen auf. In Abbildung 13-7 ist das Verhältnis der beiden Konzepte in der Erhebung des Freiwilligensurveys in Form eines Venn-Diagramms dargestellt (graphische Darstellung des Verhältnisses sich überschneidender Mengen). Auf der linken Seite der Abbildung ist das freiwillige Engagement durch einen dunkelgrauen Kreis dargestellt, auf der rechten Seite die politische Partizipation als weißer Kreis. Diese Kreise können als Mengen der Tätigkeiten interpretiert werden, die freiwilligem Engagement beziehungsweise politischer Partizipation zugerechnet werden. Die beiden Konzepte sind nicht völlig trennscharf, sondern haben eine Schnittmenge (Überlappung der beiden Kreise, als hellgraue Fläche kenntlich gemacht). Es gibt Tätigkeiten, die sowohl dem freiwilligen Engagement als auch der politischen Partizipation zugeordnet werden können. Dies sind im Kontext des Freiwilligensurveys freiwillige Tätigkeiten im Bereich Politik und politische Interessenvertretung.

Bei der Abfrage zum freiwilligen Engagement wird danach gefragt, ob eine Person im Bereich Politik und politische Interessenvertretung freiwillige Aufgaben übernimmt oder ehrenamtlich tätig ist, zum Beispiel in einer Partei, im Gemeinderat oder Stadtrat, in politischen Initiativen oder Solidaritätsprojekten (zur näheren Erläuterung der Engagementabfrage siehe Kapitel 2). Im Bereich Politik und politische In-

Abbildung 13-7 Begriffliche Überschneidung der Konzepte ‚Freiwilliges Engagement‘ und ‚Politische Partizipation‘ im Freiwilligensurvey 2019



Quelle: FWS 2019. Eigene Darstellung (DZA).

teressenvertretung sind 2,9 Prozent der Bevölkerung freiwillig engagiert. Betrachtet man nur die freiwillig engagierten Personen, zeigt sich, dass 7,2 Prozent der Engagierten im Bereich Politik und politische Interessenvertretung freiwillig engagiert sind. Personen, die sich im Bereich Politik und politische Interessenvertretung freiwillig engagieren, sind definitionsgemäß auch politisch aktiv. Hier handelt es sich also nicht um einen empirischen, sondern um einen begrifflichen Zusammenhang.

Anders ist es in Bereichen des freiwilligen Engagements, bei denen politische Partizipation nicht zum Definitionskern des jeweiligen Engagements zählt, etwa in den Bereichen Sport, Freizeit und Geselligkeit oder Kunst und Kultur. Der Kern dieser Engagements zielt auf Mitarbeit, Unterstützung und Organisation von Sport, Freizeit oder Kultur. Wenn es jedoch vor dem Hintergrund dieses (zunächst unpolitischen) Engagements zu einer politischen Tätigkeit kommt, dann wäre das ein empirischer Zusammenhang im Sinne Putnams und seiner Mitverfassenden.

Aus diesen Überlegungen heraus werden zur Darstellung des empirischen Zusammenhangs zwischen freiwilligem Engagement und politischer Partizipation jene Mengen der Konzepte ‚freiwilliges Engagement‘ und ‚politische Partizipation‘ berücksichtigt, die begrifflich nicht überlappen (Tabelle 13-2). Als freiwillig Engagierte werden ausschließlich Befragte berücksichtigt, die angeben, sich in mindestens einem der folgenden Bereiche zu engagieren: ‚Sport und Bewegung‘; ‚Kultur und Musik‘; ‚Freizeit und Geselligkeit‘; ‚Sozialer Bereich‘; ‚Gesundheitsbereich‘; ‚Schule und Kindergarten‘; ‚Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene‘; ‚Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz‘; ‚Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebes‘; ‚Kirchlicher oder religiöser Bereich‘; ‚Justiz und Kriminalitätsprobleme‘; ‚Unfall- oder Rettungsdienst oder freiwillige Feuerwehr‘ sowie ‚Sonstiger Bereich‘. Freiwillig engagierte Personen, die den Bereich ‚Politik und politische Interessenvertretung‘ als einen Teil ihres Engagements angeben, werden in den folgenden Analysen ausgeschlossen.

Auf der Seite der politischen Partizipation werden nur jene Teilhabe-Formen berücksichtigt, die freiwilliges Engagement nicht notwendigerweise voraussetzen: Teilnahme an Demonstrationen, Kontakt zur Politik, Teilnahme an Unterschriftenaktionen sowie Boykott von Produkten. Nicht einbezogen wird die Mitarbeit in einer politischen Organisation. Zu beachten ist hierbei die Tatsache, dass damit der Begriff des freiwilligen Engagements enger gefasst wird als in den sonstigen Analysen des Freiwilligensurveys 2019, da im Bereich der Politik und politischen Interessenvertretung Engagierte aus der Analyse ausgeschlossen werden. Was für diese Herangehensweise spricht: Freiwilliges Engagement und politische Partizipation überlappen sich begrifflich dadurch nicht mehr.

Aus Tabelle 13-2 lässt sich entnehmen, dass freiwillig Engagierte, die sich außerhalb des Bereichs Politik und politische Interessenvertretung engagieren, in deutlich höherem Maße mindestens eine Form politischer Partizipation wahrnehmen als nicht-engagierte Personen (67,5 Prozent zu 34,7 Prozent). In den einzelnen Partizipationsformen sind die Beteiligungsquoten der freiwillig Engagierten doppelt oder

Tabelle 13-2 Anteile von Personen, die einer Form politischer Partizipation nachgehen, nach Engagementstatus (ohne den Bereich Politik und politische Interessenvertretung), 2019, in Prozent (Basis: alle Befragten; Mehrfachnennungen möglich)

	Nicht-Engagierte	Engagierte (außerhalb des Politikbereichs)
An einer Demonstration teilgenommen	5,9	15,1
Kontakt zur Politik aufgenommen	7,0	23,3
Bei einer Unterschriftenaktion oder Petition unterschrieben	22,4	47,8
Ein bestimmtes Produkt boykottiert	16,1	33,9
An mindestens einer der genannten Formen teilgenommen	34,7	67,5

Quelle: FWS 2019, gewichtet, eigene Berechnungen (DZA). Basis: alle Befragten (n = 26.413–26.624).

Es liegen statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen der Engagierten und Nicht-Engagierten in allen vier untersuchten Formen politischer Partizipation vor.

sogar dreimal so hoch wie bei den nicht freiwillig engagierten Personen. Am deutlichsten ist dieser Unterschied bei der Teilnahme an Unterschriftenaktionen und dem Unterschreiben von Petitionen, dem Produktboykott sowie der Kontaktaufnahme zur Politik. Während bei den nicht-engagierten Personen 22,4 Prozent die Teilnahme an Unterschriftenaktionen und Petitionen als politische Partizipation angeben, liegt dieser Wert bei freiwillig Engagierten, die sich außerhalb der Politik und politischer Interessenvertretung engagieren, bei 47,8 Prozent. Produktboykott nennen 16,1 Prozent der nicht-engagierten Personen als Form politischer Partizipation, während dieser Wert bei freiwillig Engagierten, die sich außerhalb Politik und politischer Interessenvertretung engagieren, bei 33,9 Prozent liegt. Besonders auffällig ist, dass der Anteil freiwillig Engagierter, die Kontakt zur Politik aufnehmen, mehr als dreimal so hoch ist wie der Anteil bei den nicht freiwillig Engagierten (23,3 Prozent zu 7,0 Prozent). Der Unterschied zwischen Nicht-Engagierten und freiwillig Engagierten ist bei der Teilnahme an einer Demonstration (5,9 Prozent zu 15,1 Prozent) zwar geringer als bei den anderen Beteiligungsformen, sollte aber unter Berücksichtigung der Tatsache, dass diese Form der politischen Partizipation ohnehin von einem geringeren Anteil der Bevölkerung wahrgenommen wird, nicht unterschätzt werden. Diese Befundlage spricht insgesamt für den Zusammenhang zwischen freiwilligem Engagement und politischer Partizipation: Menschen, die sich in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen – und zwar außerhalb des Bereichs Politik und politischer Interessenvertretung – engagieren, nehmen zu höheren Anteilen politische Partizipation wahr als nicht-engagierte Personen.

13.6 Fazit

Knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland, 49,2 Prozent, nimmt übliche und etablierte Formen politischer Partizipation abseits von Wahlen oder Abstimmungen wahr: Mitarbeit in einer politischen Organisation, Teilnahme an Demonstrationen, Kontakt zur Politik, Teilnahme an Unterschriftenaktionen sowie Boykott von Produkten.

Unterschiedliche Formen der politischen Partizipation sind unterschiedlich gut zugänglich und weisen unterschiedliche Verpflichtungsgrade auf. In politischen Organisationen mitzuarbeiten, an Demonstrationen teilzunehmen oder Kontakte zu Vertretenden der Politik auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufzunehmen, verlangt mehr Kenntnisse, Kompetenzen und die Bereitschaft sowie Möglichkeit, Zeit in diese Form der Partizipation zu investieren. Daher ist der Beteiligungsgrad in diesen Formen geringer als bei den anderen abgefragten Formen politischer Partizipation (bis zu 15 Prozent). Sich an Unterschriftenaktionen zu beteiligen oder Waren zu boykottieren, ist demgegenüber weit weniger aufwändig. Dementsprechend ist der Anteil der Bevölkerung, der in den letzten zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt in diesen Formen aktiv wurde, deutlich höher (ein Drittel bis ein Viertel der Bevölkerung). Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen anderer Studien zur politischen Beteiligung in Deutschland (zum Beispiel Gaiser et al. 2016; Gaiser & de Rijke 2016; Pokorny 2016; Schnaudt et al. 2017).

In allen Bereichen der politischen Partizipation gibt es klare, gleichgerichtete Bildungsunterschiede: Menschen mit niedriger Bildung beteiligen sich anteilig weniger häufig politisch als Menschen mit mittlerer oder hoher Bildung. Dieser Befund wird auch in anderen Analysen vorgelegt: „Politische Partizipation steigt mit der Verfügbarkeit von Einkommen und Bildung“ (Bödeker 2012: 37; siehe auch Rainer et al. 2018). Möglicherweise sind die Zugangsbarrieren für Menschen mit niedriger Bildung besonders hoch. Hier handelt es sich um eine deutliche Benachteiligung von Menschen mit niedriger Bildung, da ihre Interessen in politischen Entscheidungen möglicherweise weniger gut repräsentiert sind als die von Menschen mit hoher Bildung. Die Stärkung der Repräsentation gesellschaftlich schwacher Gruppen, etwa von Organisationen, die sich für die Interessen sozial Benachteiligter einsetzen, oder durch die Aktivierung von sozial benachteiligten Menschen, könnten Strategien sein, die der Auswirkung sozialer Ungleichheit entgegenwirken (Bödeker 2012). Weiterhin fällt auf, dass sich Personen, die noch zur Schule gehen, anteilig außerordentlich häufig an Demonstrationen sowie Unterschriftenaktionen und Petitionen beteiligen. Ein Grund für diese hohen Quoten kann die Fridays for Future-Bewegung sein, in deren Zusammenhang sich seit Ende 2018/Anfang 2019 überwiegend Personen, die noch zur Schule gehen, für eine nachhaltige Klimapolitik einsetzen.

Ein vergleichbares Muster von Unterschieden zeigt sich im Vergleich von Frauen und Männern sowie von Menschen unterschiedlichen Alters nicht. Geht man aber davon aus, dass es sich bei der Mitarbeit in politischen Organisationen sowie dem

Kontakt zur Politik – im Vergleich zu Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und Produktboykott – um die ‚gewichtigeren‘, einflussreicheren, mit mehr Prestige verbundenen Formen der politischen Partizipation handelt (Stark 2019), so zeigt sich hier doch eine deutliche Benachteiligung von Frauen, die anteilig seltener in diesen Formen aktiv sind als Männer. Dies deckt sich mit Befunden zur politischen Repräsentation von Frauen und Männer in gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsgremien. Dort sind Frauen in der Regel (noch immer und deutlich) anteilig seltener vertreten als Männer (Dörfler & Kaindl 2019). Politische Strategien, die diesem Gendergap in der politischen Partizipation entgegenwirken können, entsprechen im Prinzip den Grundsätzen der Gleichstellungspolitik: Stärkung personaler Ressourcen, wie berufliche Qualifikation und Kompetenzen, von Mädchen und Frauen für die Anforderungen politischer Partizipation, Stärkung der Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung von Frauen und aktive Förderung von Frauen in der politischen Mitbestimmung (siehe die Diskussion von hemmenden und fördernden Faktoren für die politische Partizipation von Frauen bei Dörfler & Kaindl 2019).

Betrachtet man die Altersunterschiede, so nehmen die Altersgruppen von 14 bis 64 Jahren in einem ähnlichen Ausmaß an politischer Partizipation teil, lediglich die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren beteiligt sich anteilig deutlich weniger. Dies deckt sich mit dem Befund auf Basis des European Social Survey, der zeigt, dass besonders Personen ab 66 Jahren sich anteilig unterdurchschnittlich häufig an Formen politischer Partizipation beteiligen (Schnaudt et al. 2017). Dieser Effekt trifft aber keinesfalls auf jede Form politischer Partizipation zu. So gibt die Gruppe der 14- bis 29-Jährigen seltener an, Kontakt zu einem Politiker aufgenommen zu haben, als die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren. Weiterhin gibt die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren anteilig am häufigsten an, in einer politischen Partei, politischen Gruppierung oder in einer Bürgerinitiative gearbeitet zu haben.

Freiwilliges Engagement und politische Partizipation hängen positiv miteinander zusammen: Menschen, die sich engagieren, sind mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit politisch aktiv als Personen, die sich nicht freiwillig engagieren. In beinahe allen Partizipationsformen sind die Beteiligungsquoten von freiwillig Engagierten etwa doppelt so hoch wie die Beteiligungsquoten nicht-engagierter Personen. Diese Befunde betonen noch einmal, dass freiwilliges Engagement und die Beteiligung an Formen der Einflussnahme auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse Hand in Hand gehen.

Bei den Analysen in diesem Kapitel wurde berücksichtigt, dass sich die Konzepte ‚freiwilliges Engagement‘ und ‚politische Partizipation‘ begrifflich überschneiden. Aber auch dann, wenn diese Überschneidung berücksichtigt wird, findet sich der positive Zusammenhang zwischen freiwilligem Engagement und politischer Partizipation. Dieser Befund könnte als Bestätigung dafür interpretiert werden, dass freiwilliges Engagement die Basis politischer Partizipation darstellt (siehe Putnam et al. 1993). Freiwilliges Engagement könnte einen ‚Lernraum‘ für politische Partizipation bieten. Ausgehend von einem konkreten Engagement werden Lernprozesse angesto-

ßen, die vom Kennenlernen unterschiedlicher Handlungsstrategien bis hin zur Reflexion über Herrschafts- und Machtstrukturen reichen können, und damit einen Einstieg in politische Partizipation bieten (Sprung & Kukovetz 2018).

Da die vorgelegten Analysen auf querschnittlichen Daten (der einmaligen Befragung von Personen) beruhen und damit eine Momentaufnahme darstellen, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass freiwilliges Engagement zu politischer Partizipation führt – auch die entgegengesetzte Einflussrichtung von politischer Partizipation auf freiwilliges Engagement ist möglich. Es könnte auch sein, dass zwischen freiwilligem Engagement und politischer Partizipation gar kein direkter kausaler Zusammenhang besteht, sondern dass dieselben Einflussfaktoren, wie zum Beispiel Bildung, Zeit, finanzielle Ressourcen oder soziale Netzwerke, den Zusammenhang beider Aktivitäten erklären. Hier sind längsschnittliche Daten vonnöten, also die einer mehrfach hintereinander durchgeführten Befragung derselben Personen. Längsschnittliche Daten erlauben es, die Einflussrichtung zwischen freiwilligem Engagement und politischer Partizipation abzuschätzen.

Freiwilliges Engagement und politische Partizipation sind nicht deckungsgleich, sie sind aber auch keine vollständig voneinander getrennten gesellschaftlichen Handlungsbereiche. Die in diesem Kapitel vorgelegten Befunde zeigen, dass freiwilliges Engagement häufig mit politischer Partizipation Hand in Hand geht. Bislang ungeklärt ist zwar die Frage, ob freiwilliges Engagement – das Mittun, die gemeinsame Aktivität, die Übernahme von Aufgaben – das Eingangstor für politische Partizipation darstellt. Dennoch kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass freiwilliges Engagement und politische Partizipation in einem reziproken Wechselverhältnis zueinander stehen: Freiwilliges Engagement kann politische Partizipation ermöglichen, politische Partizipation kann freiwilliges Engagement anregen. Angesichts dieser Überlegungen ist die Engagementpolitik gut beraten, freiwilliges Engagement und politische Partizipation gemeinsam zu betrachten. Freiwilliges Engagement ist in doppelter Hinsicht für den Zusammenhang einer Gesellschaft von Bedeutung: Zum einen durch praktische Beiträge in unterschiedlichen Feldern freiwilligen Engagements, zum anderen als möglicher Ausgangspunkt für die Teilhabe an gesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Literatur

- Arant, R., Dragolov, G., & Boehnke, K. (2017). *Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bödeker, S. (2012). *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*. Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung.
- Böhnke, P. (2011). Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61(1/2), 18–25.

- Burkhardt, L., Kausmann, C., & Siegers, P. (2019). Politische und gesellschaftliche Einstellungen – soziokulturelle Grundlagen von Selbstorganisation. In: H. Krimmer (Hrsg.) *Datenreport Zivilgesellschaft* (S. 145–160). Wiesbaden: Springer VS.
- Dörfler, S., & Kaindl, M. (2019). *Gender-Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation. Ein internationaler Vergleich und die Situation von Frauen in der österreichischen Kommunalpolitik*. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität Wien.
- Evers, A. (2015). Freiwilliges Engagement und politische Partizipation. Auf der Suche nach Verbindungen. *BBE-Newsletter Nr. 1*. Online: https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/o5_Newsletter/01_BBE_Newsletter/bis_2017/2015/nl01_thesenpapier_evers.pdf (zuletzt abgerufen 17.03.2020).
- Faus, R., Mannewitz, T., Storms, S., Unzicker, K., & Vollmann, E. (2019). *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Gaiser, W., Krüger, W., De Rijke, J., & Wächter, F. (2016). Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa. In: J. Tremmel (Hrsg.) *Politische Beteiligung junger Menschen* (S. 13–38). Wiesbaden: Springer VS.
- Gaiser, W., & de Rijke, J. (2016). *Junges Politisches Engagement in Europa. Eine Analyse repräsentativer europaweiter Umfragen*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Geißel, B. (2015). Mitwirkung für alle? Thesen zur politischen Ungleichheit. In: L. Harles & D. Lange (Hrsg.) *Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?* (S. 37–49). Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Hebestreit, R., & Korte, K.R. (2015). Partizipation und politisches Entscheiden. Politische Beteiligung im Kontext aktueller Entscheidungszumutungen in der Politik. In: L. Harles & D. Lange (Hrsg.) *Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?* (S. 20–36). Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Holtmann, E. (2015). Die Entwicklung der Demokratie. Legitimationsverlust und Reformbedarf? In: L. Harles & D. Lange (Hrsg.) *Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?* (S. 63–73). Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Kersting, N. (2015). Das Zeitalter politischer Beteiligung. Partizipativer Wandel oder globales Disengagement? In: L. Harles & D. Lange (Hrsg.) *Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?* (S. 49–62). Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Nachtwey, O. (2016). PEGIDA, politische Gelegenheitsstrukturen und der neue Autoritarismus. In: K.-S. Rehberg, F. Kunz & T. Schlinzig (Hrsg.) *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick* (S. 299–312). Bielefeld: transcript Verlag.
- Pokorny, S. (2016). *Aktivität ist ansteckend: soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung
- Putnam, R.D., Leonardi, R., & Nanetti, R. Y. (1993). *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Rainer, H., Albrecht, C., Bauernschuster, S., Fichtl, A., Hener, T., & Ragnitz, J. (2018). *Deutschland 2017 – Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland*. München: ifo Institut.

- Richter, E. (2018). Partizipation. In: R. Voigt (Hrsg.) *Handbuch Staat* (S. 531–539). Wiesbaden: Springer VS.
- Roth, R. (2011). Partizipation. In: T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.) *Handbuch Bürgerchaftliches Engagement* (S. 77–88). Weinheim: Beltz Juventa.
- Schaden, E. (2019). *Freiwilliges Engagement in der sozialraumorientierten Kinder- und Jugendhilfe. Perspektiven aus Graz, Stuttgart und Rosenheim*. Opladen: Budrich Academic Press.
- Schäfer, A. (2010). Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 4(1), 131–156.
- Schnaudt, C., Weinhardt, M., & Liebig, S. (2017). Die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Weniger teilnahmslos und politikverdrossen als gedacht. *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 66(2), 189–200.
- Schumann, F. (2018). *Antidemokratische Demokratiekritik: Zum Demokratieverständnis politischer Empörungsbewegungen*. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online: <https://www.idz-jena.de/wsddet/antidemokratische-demokratiekritik-zum-demokratieverstaendnis-politischer-empoeerungsbewegungen> (zuletzt abgerufen 06. 07. 2020).
- Simonson, J., & Vogel, C. (2017). Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter. In: J. Simonson, C. Vogel & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014* (S. 199–216). Wiesbaden: Springer VS.
- Sprung, A., & Kukovetz, B. (2018). Refugees welcome? Active Citizenship und politische Bildungsprozesse durch freiwilliges Engagement. *Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, 41(2-3), 227–240.
- Stark, T. (2019). *Demokratische Bürgerbeteiligung außerhalb des Wahllokals. Umbrüche in der politischen Partizipation seit den 1970er-Jahren*. Wiesbaden: Springer VS.
- Stubbe, J. (2020). Wieso Verschwörungstheorien die gesellschaftliche Akzeptanz wissenschaftlichen Wissens gefährden können – und was die Governance von Wissenschaft und Innovation dagegen tun kann. In: V. Wittpahl (Hrsg.) *Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit* (S. 13–14). Berlin: Institut für Innovation und Technik (iit).
- Theocharis, Y., & van Deth, J. W. (2018). *Political participation in a changing world: conceptual and empirical challenges in the study of citizen engagement*. New York: Routledge.
- Ullrich, P. (2017). Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung. In: T. Heim (Hrsg.) *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften* (S. 217–251). Wiesbaden: Springer VS.
- van Deth, J. W. (2009). Politische Partizipation. In: V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.) *Politische Soziologie: Ein Studienbuch* (S. 141–161). Wiesbaden: Springer VS.
- Voss, K. (Hrsg.) (2014). *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden: Springer VS.

Weßels, B. (2021). Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) & Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.) *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 379–385). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Woyke W. (2021). *Politische Beteiligung/Politische Partizipation*. Online: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202091/politische-beteiligung-politische-partizipation?p=all> (zuletzt abgerufen 21. 04. 2021).

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

